

Niederschrift SOZ/026/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 09.07.2025

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Saal des Stadtparkrestaurants Rheine.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsmitglied/Vorsitzende

Mitglieder:

Frau Maria Abakar-Kadade	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin (ab 17:11 - TOP 4)
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Ralf Gissel	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Günter Maaß	CDU	Ratsmitglied
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Frau Helga Niedoba	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Herr Dario Aufderlandwehr	CDU	Vertretung für Frau Melanie Ehrhardt
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Vertretung für Herrn José Azevedo
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Mersch

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Christina Meyer		Offene Behindertenarbeit
Herr Siegfried Müller		Geschäftsführer Wohnungsgesellschaft (Präsentation TOP 8)
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
-------------------	-----	--

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Für die Erstellung der Niederschrift ist ein KI-Tool verwendet worden.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/025/2025 über die öffentliche Sitzung am 21.05.2025

Herr Gissel erklärt, dass ein Absatz, der mit seinem Namen beginne, eine ungenaue Darstellung enthalte (*Seite 5 der Niederschrift zum TOP 10, Vorlage 148/25 „Bezahlkarte für Flüchtlinge:*). Konkret bezieht er sich auf den Satz: „Er weist darauf hin, dass die Landes- und die Bundesregierung – einschließlich der GRÜNEN – die Einführung der Bezahlkarte beschlossen hätten, ...“. Er stellt klar, dass er in seiner ursprünglichen Aussage sowohl die GRÜNEN als auch die SPD genannt habe. Er betont, dass es ihm nicht um eine einseitige Darstellung der GRÜNEN gegangen sei, sondern darum, dass alle beteiligten Parteien an der Bezahlkarte aktiv mitgewirkt hätten.

2. Informationen der Verwaltung

Frau Christina Meyer, neue Koordinatorin der Offenen Behindertenarbeit, stellt sich vor.

Es gibt keine weiteren Informationen für den öffentlichen Teil.

3. Einwohnerfragestunde

Bürgerin 1 schildert ihre persönliche Situation und gibt an, dass sie mit ihren vier bzw. drei Kindern und ihrem Lebensgefährten eine bezahlbare Wohnung suche.

Frau Dr. Hovestadt erwidert, dass im Ausschuss keine Fallberatungen durchgeführt würden.

Herr Gausmann führt weiter aus, dass es eine Reihe von bezahlbaren (Sozial-)Wohnungen gebe. Er verweist auf die Statistik der heute auf der Tagesordnung stehenden Vorlage (*TOP 8, Vorlage 209/25 „Entwicklung der Wohnraumversorgung“*) und kommentiert, dass mehr zweckgebundene Wohnungen gebaut würden, als wegfielen. Er gibt an, dass es auch Engstellen, insbesondere für größere Wohnungen, gebe. Er empfiehlt der Bürgerin, sich an die Abteilung Wohnraumsicherung zu wenden, die vor drei Jahren als Beratungsinstitution eingerichtet worden sei und mit vielen Vermieterinnen und Vermietern kooperiere. Gleich werde die Entwicklung der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH dargestellt.

Bürgerin 1 erwidert, dass sie bereits mehrfach die Wohnraumsicherung aufgesucht habe, jedoch bisher keine Hilfe erhalten habe.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Herr Murali schildert, dass der Integrationsrat sich derzeit mit der Interkulturellen Woche beschäftige und zu dem Thema „Zuwanderung und Gastarbeiter in Rheine“ zwei Veranstaltungen organisiere, deren Einladungen und Flyer bald verteilt würden:

- Einmal gebe es eine Fotoausstellung („60 Jahre Zuwanderung in Rheine – vom IHR zum WIR“) von Herrn Peter Heckhuis u. a., die mit Unterstützung der Firmen Kämpers und Apetito am 10.08.2025 um 11:00 Uhr im Kloster Bentlage eröffnet werde.
- Die zweite Veranstaltung („Zusammen GEWACHSEN“) werde am 30.08.2025 ab 15:00 Uhr auf dem Werksgelände der Firma Kämpers an der Elter Straße mit einem Bühnenprogramm und kulinarischen Köstlichkeiten stattfinden. Herr Heinz Schulte werde zwei Filmvorführungen mit Interviews des ehemaligen Kämpers-Geschäftsführers, von ehemaligen Gastarbeitern und weiteren Zeitzeugen zeigen.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier gibt an, dass die letzte Sitzung am 28.04.2025 stattgefunden habe. Er berichtet über die behandelten Themen:

- Beim Projekt „Radeln ohne Alter“ gebe es für Menschen mit Behinderung und eine Begleitperson die Möglichkeit, sich kostenlos mit einer Rikscha durch die Gegend fahren zu lassen, während der Fahrer/die Fahrerin für etwas Unterhaltung Sorge.
- Am 05.05.2025 habe auf dem Borneplatz der Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung stattgefunden. Wie in jedem Jahr habe der Beirat zusammen mit dem Caritasverband Rheine e. V. einen Infostand angeboten.
- Es habe eine Videokonferenz mit einem Mitarbeitenden der Deutschen Bahn stattgefunden, der über die geplanten Umbauarbeiten zur Verbesserung der Barrierefreiheit am Bahnhof in Mesum berichtet habe. So werde es z. B. verbreiterte Rampen geben und die Bahnsteige würden angehoben, damit Rollstuhlfahrende ohne zusätzliche Rampe in den Zug und wieder hinaus gelangen könnten.
- Hinsichtlich der Kommunalwahl im Herbst und der Anwerbung neuer Mitglieder mit Behinderung, gerne auch mit Migrationshintergrund, seien Arbeitsgruppen gebildet worden.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es berichtet, dass die letzte Sitzung im Mai 2025 stattgefunden habe. Einzelne Arbeitsgruppen hätten sich zwischendurch getroffen. Frau Winter, die für das Projekt „Den Tod ins Leben lassen“ zuständig gewesen sei, habe den Caritasverband Rheine e. V. verlassen. Das Projekt werde ausgesetzt, bis eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger gefunden sei.

Weiter berichtet sie, dass die Aktion „Senioren mobil – Fit für den Frühling“, die von der Arbeitsgruppe „Mobilität“ organisiert worden sei, mit fast 100 Teilnehmenden ein Erfolg gewesen sei und eine Wiederholung im nächsten Jahr angestrebt werde.

Sie führt weiter aus, dass ein Erste-Hilfe-Kursus zum Thema „Hilfe zur Selbsthilfe“ für den 18.09.2025 in der Familienbildungsstätte geplant sei. Dieser Kurs solle Seniorinnen und Senio-

ren helfen, Erkrankungen, wie z. B. bei Schlaganfall, Herzinfarkt, Atemnot oder Kreislaufversagen, zu erkennen und zu lernen, wie sie Erste Hilfe leisten können. Eventuell werde es einen weiteren Kurs in Mesum oder Hauenhorst geben.

Außerdem berichtet sie, dass eine Veranstaltung „Trauerarbeit mit Kindern“ von der Arbeitsgruppe „Einsamkeit“ in Zusammenarbeit mit dem Familienbeirat geplant werde.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Bögge berichtet, dass in der letzten Sitzung im Juli über die Vorbereitung und eine mögliche Beteiligung an der Interkulturellen Woche gesprochen worden sei.

Weiter gibt er an, dass es viele ältere Menschen gebe, die überschüssiges Obst in ihren Gärten hätten, und viele Familien ohne eigenen Garten, die ihr Obst teuer kaufen müssten. Der Beirat habe die Aktion, um beide Interessen miteinander zu verbinden, erstmalig im letzten Jahr durchgeführt und bereite derzeit eine Wiederholung für den Herbst vor.

8. Entwicklung der Wohnraumversorgung Vorlage: 298/25

Herr Gausmann erläutert, dass auf Basis eines Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN statistische Daten zur Wohnraumsituation für den Zeitraum 2020 bis 2024 aufbereitet worden seien. Zudem werde Herr Müller von der Städtischen Wohnungsgesellschaft dazu etwas sagen.

Herr Hewing gibt an, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei weitere Fragen habe. Er fragt, wie groß der Bestand an gefördertem Wohnraum insgesamt in Rheine sei und ob es eine Statistik über Leerstände in Rheine gebe.

Herr Gausmann erklärt, dass keine Leerstandsstatistik vorliege, jedoch ein gewisser Leerstand für Fluktuationen notwendig sei. Er gebe auch Immobilien, die aufgrund ihres maroden Zustands nicht mehr vermietet werden könnten, sowie Fälle, in denen Eigentümer ihre Immobilien nicht vermieten wollten. Er betont, dass rechtliche Eingriffsmöglichkeiten begrenzt seien und man sich irgendwann der konzeptionellen Frage widmen müsse, ob und wie z. B. ein Wohnungstausch – ältere alleinstehende Person mit großer Wohnung kontra junge Familie mit kleiner Wohnung – funktionieren könnte.

Auf die Frage von Herr Maas antwortet er, dass es bei frei finanzierten Wohnungen keine Meldepflicht über freistehenden Wohnraum gebe; Schutz des Eigentums. Bei gefördertem Wohnraum, bei dem ein Wohnberechtigungsschein (WBS) notwendig sei, gelten andere Bedingungen.

Frau Dr. Hovestadt ergänzt, dass der Bestand an gefördertem Wohnraum bundesweit rückläufig sei, während in Rheine in den letzten fünf Jahren mehr geförderte Wohnungen hinzugekommen als aus der Bindung gefallen seien. Die städtische Wohnungsgesellschaft habe vermutlich einen erheblichen Anteil daran. Sie fragt, ob es hierfür einen besonderen Hintergrund gebe.

Herr Gausmann antwortet, dass vor Jahren ein Wohnraumversorgungskonzept mit einer Mindestquote an gefördertem Wohnraum erstellt worden sei. Als zweites Element nennt er die gute Förderung durch Bund und Land, die das Bauen trotz der Kostensteigerungen im Baugewerbe ermöglicht habe. Als drittes Element verweist er auf engagierte Investoren in Rheine, wie z. B. die städtische Wohnungsgesellschaft, die Altenrheiner Wohnungsgesellschaft und den Wohnungsverein, die sogar gemeinsam nach Möglichkeiten und Entwicklungsprojekten suchten - teilweise mit einer Mischung aus gefördertem und freifinanziertem Wohnraum. Er führt weiter

aus, dass der Wohnungsmarkt in 2024 auch in Rheine eingebrochen sei, was unter anderem mit der teilweise wegbrechenden Förderkulisse zusammenhänge. Er hoffe, dass es durch den von der neuen Bundesregierung angekündigten „Bauturbo“ wieder aufwärtsgehe.

Herr Gissel äußert, dass Rheine im Vergleich zum Bund gut dastehe. Er fragt, ob die Verwaltung einen Vergleich zu den Nachbargemeinden liefern könne, da er befürchte, dass ein besseres Wohnungsangebot verstärkt Menschen mit einem WBS aus anderen Gemeinden anziehen werde.

Herr Gausmann antwortet, dass die Verwaltung – falls gewünscht – die Wohnungsberichte anderer Kommunen im Kreis einsehen und entsprechende Information nachreichen könne. Er führt weiter aus, dass Rheine aufgrund seiner guten Infrastruktur eine hohe Anziehungskraft habe, was neben dem sozialen Bereich auch mit Bildungsangeboten und der Nachfrage auf dem Fachkräftemarkt zusammenhänge. Er kommentiert, dass Rheine die größte kreisangehörige Stadt und größte Stadt im Münsterland sei, wodurch eine höhere Anziehungskraft entstehe und sich auch die Sozialdaten von jenen wie beispielsweise in Emsdetten oder Greven unterscheiden würden.

Herr Burmeister berichtet, dass kleinere Gemeinden kaum Investoren für geförderten Wohnraum finden würden und oftmals keine stadt- oder gemeindeeigene Wohnungsgesellschaft besäßen. Er ergänzt, dass es in den letzten Jahren mehrfach Anträge zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsgesellschaft gegeben habe. Eine Mehrheit habe sich jedoch nicht gefunden, da alle Gemeinden zur Finanzierung herangezogen würden – auch jene, die bereits eine eigene hätten.

Herr Müller stellt als Geschäftsführer die Arbeit der städtischen Wohnungsgesellschaft Rheine GmbH von 2003 bis heute sowie geplante Projekte vor (**Anlage 1**).

Auf die Frage von Frau Dr. Hovestadt antwortet Herr Müller, dass die Wohnungsgesellschaft weiterhin versuchen werde, öffentlich gefördert zu bauen. Die Wartezeit auf einen Förderungsbewilligungsbescheid habe sich jedoch deutlich verlängert.

Frau Lücke fragt, wie viele Bewerbende es ungefähr auf freiwerdende Wohnungen gebe und warum es bei Ein-Personen-Wohnungen eine Unterversorgung gebe.

Herr Müller antwortet, dass die Anzahl der Bewerbungen auf eine freiwerdende Wohnung von Größe und Preis abhängig sei. Im Durchschnitt liege sie bei etwa zehn. Zur weiteren Frage bestätigt er, dass Wohnungen bis 50 Quadratmeter sehr gefragt seien. Die Baukosten bei kleineren Wohnungen seien jedoch höher als bei größeren, da beispielsweise mehr Badezimmer eingebaut werden müssten.

Herr Burmeister gibt an, dass das Thema Fördermittel auch beim Kreis besprochen worden sei. Die gestiegene Nachfrage nach Fördermitteln im Kreis und in NRW erschwere die Bewilligung; vereinzelt würden zusätzliche Mittel nachgeschoben. Er fragt, welche Miethöhe die Wohnungsgesellschaft Rheine nach Auslaufen der Preisbindung anstrebe.

Herr Müller antwortet, dass sich die Wohnungsgesellschaft nach Auslaufen der Preisbindung bei der Festlegung der Miethöhe am Mietspiegel orientiere.

Herr Gissel fragt, ob die Wohnungsgesellschaft für ein Förderungsmodell nach österreichischem Vorbild mit dauerhafter Zweck- und Mietpreisbindung plädieren würde.

Herr Müller antwortet, dass ein gültiger WBS lediglich vor Mietvertragsabschluss von der mietenden Person vorgelegt werden müsse und später nicht erneut geprüft werde. Es würden Stafelmieten gelten. Er plädiere für eine Wiedereinführung der früheren Fehlbelegungsabgabe, um

die Differenz zwischen ortsüblicher und öffentlich geförderter Miete auszugleichen zu können, auch wenn dies einen Mehraufwand bedeute.

Auf die Frage von Frau Dr. Hovestadt bestätigt Herr Müller, dass die Wohnungsgesellschaft in der Vergangenheit sowohl städtische als auch private Grundstücke erworben und bebaut habe – etwa am Starenweg im Bereich der Eschendorfer Aue – und weiterhin Grundstücke suche, z. B. im Schotthock, um dort öffentlich geförderten Wohnraum zu schaffen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**9. Bericht über die Ausgabenentwicklung der Sprachoffensive 2025
Vorlage: 195/25**

Frau Gehrke verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Ausgabenentwicklung der Sprachoffensive zur Kenntnis.

**10. Jahresbericht 2024 - SGB II
Vorlage: 222/25**

Herr Gausmann erläutert, dass auf Seite 3 der Vorlage erkennbar sei, dass sowohl die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften als auch der Regel-Leistungsempfänger steige. Dennoch berichte der nachgereichte Leistungsbericht des jobcenters Kreis Steinfurt (**Anlage 2**) durchgehend von erfolgreicher Arbeit.

Frau Lücke bezieht sich auf die steigende Zahl der aufstockenden Leistungsempfänger und fragt, ob die Stadt Rheine Anträge auf Darlehen in Härtefällen erhalten habe, insbesondere für Ersatzbeschaffungen wie Waschmaschinen oder Kühlschränke, die über den Regelsatz lediglich als Erstausrüstung abgedeckt seien.

Frau Gehrke antwortet, dass es keine statistische Übersicht gebe. Grundsätzlich müssten Hilfeempfänger Rücklagen bilden. In besonderen Härtefällen gebe es einen Spendenfonds, über die Auszahlungen werde im Einzelfall – abhängig von den jeweiligen Rahmenbedingungen – entschieden. Bei einer Befürwortung werde die Rückzahlung vereinbart.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht des jobcenters der Stadt Rheine (SGB II) über die Entwicklungen und Tendenzen zur Kenntnis.

11. Nachbesetzung im Beirat für Menschen mit Behinderung
Vorlage: 263/25

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss benennt Herrn Christopher Lüking als ordentliches Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Richtlinien zur Förderung der offenen Seniorenarbeit
Vorlage: 294/25

Herr Gausmann erläutert, dass die Richtlinien zuletzt im Jahr 2017 aktualisiert worden seien. Mit der aktuellen Überarbeitung solle sichergestellt werden, dass sie den unterschiedlichen Themen des Sozialberichts Senioren – auch im Hinblick auf das SGB XII – gerecht würden. Er betont, dass es eine Vorabstimmung mit den Fördernehmern gegeben habe.

Herr Doerenkamp hebt hervor, dass zwei wesentliche Änderungen in den neuen Richtlinien enthalten seien: Zum einen werde von einer rückwirkenden Bezahlung auf eine vorauszahlende Jahresförderung umgestellt, zum anderen werde die jährliche Abrechnung durch eine monatliche Berichterstattung ersetzt, was sowohl für die Verwaltung als auch für die Institutionen eine Erleichterung darstelle.

Er schlägt vor, die Formulierungen in den Richtlinien hinsichtlich der Fristen für die Einreichung der Meldebögen (*siehe Anlage der Vorlage – unter „neu“ 3.1 zum Verfahren*) klarer zu gestalten, z. B. in: **“Die monatlichen Verwendungsnachweise sind jeweils zum 15. des Folgemonats, spätestens jedoch bis zum 15. des auf das Quartalsende folgenden Monats (15. April, 15. Juli, 15. Oktober, 15. Januar), einzureichen.”**

Er weist zudem darauf hin, dass die Verpflichtung, Veranstaltungen in der Presse bekannt zu machen, durch eine Soll-Bestimmung ersetzt worden sei. Dies bedeute ebenfalls eine deutliche Erleichterung für die Institutionen, da die Veröffentlichung in der Presse nicht immer garantiert werden könne. Er begrüßt, dass auch Flyer und Aushänge als ausreichend anerkannt würden.

Frau Lücke fragt, wie die Verwaltung die künftige Bedarfsdeckung und die Erreichbarkeit in den jeweiligen Regionen, insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von Seniorinnen und Senioren in Rheine, einschätze.

Frau Eggenkämper gibt an, dass einige Vereine die neuen Regelungen als bürokratisch empfänden, und regt an, die Beantragung und Abrechnung zu vereinfachen.

Herr Gausmann bestätigt, dass die Verwaltung die Formulierung von Herrn Doerenkamp zur besseren Klarstellung in den Richtlinien hinsichtlich der Fristen zur Verwendungsnachweispflicht aufnehme.

Er geht auf die Frage von Frau Lücke ein und erläutert, dass die Neuorganisation der pastoralen Räume, insbesondere im katholischen Bereich, Auswirkungen auf das Gebäudemanagement dieser Institutionen habe. Er betont, dass die Verwaltung daran arbeite, alternative Möglichkei-

ten für Seniorenbegegnungsstätten zu schaffen, auch außerhalb kirchlicher Trägerschaften. Die Anlage 1 (*Auflistung anerkannter Träger der offenen Seniorenarbeit in der Stadt Rheine*) sei bewusst aus den neuen Richtlinien herausgenommen worden, da künftig auch mit zusätzlichen Anerkennungen neuer Seniorenbegegnungsstätten zu rechnen sei.

Auf die Anmerkung von Frau Eggenkämper erwidert er, dass die Verwaltung Vereinfachungsvorschläge, die die Verwendungsnachweispflicht nicht aushöhlten, gerne aufnehme; die Richtlinien sollten nicht die Arbeit behindern, sondern ermöglichen. Im Bedarfsfall unterstütze die Verwaltung beim Ausfüllen der Nachweise.

Herr Burmeister kommentiert, da in der Vorlage keine finanziellen Auswirkungen genannt worden seien, gehe er davon aus, dass weiterhin die gleiche Förderungssumme für die Arbeit bereitgestellt werde, obwohl die Zahl von Seniorinnen und Senioren steige.

Herr Gausmann stellt klar, dass die neuen Regelungen kostenneutral seien und keine zusätzlichen Mittel erforderten. Jedoch könne die steigende Anzahl von Seniorinnen und Senioren in Zukunft eine politische Diskussion über die Bereitstellung zusätzlicher Mittel oder die Priorisierung von Fördermaßnahmen erforderlich machen.

Frau Dr. Hovestadt lässt über den Beschlussvorschlag einschließlich der von Herrn Doerenkamp eingebrachten Änderung zur Klarstellung der Einreichungsfristen für Verwendungsnachweise abstimmen.

Geänderter Beschluss:

1. Der Sozialausschuss stimmt inhaltlich den überarbeiteten Richtlinien zur Förderung der offenen Seniorenarbeit gemäß der Vorlage, einschließlich der eingebrachten Änderung zu den Einreichungsfristen für Verwendungsnachweise, zu.
2. Der Sozialausschuss beschließt das Inkrafttreten der Richtlinien zur Förderung der offenen Seniorenarbeit zum 1. Januar 2026.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Berichtswesen 2025, Stichtag 31.05.2025, Sonderbereich 2 - PG 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit Vorlage: 119/25

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2, Produktgruppe 24 – Offene Senioren- und Behindertenarbeit – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2025 zur Kenntnis.

**14. Berichtswesen zum Stichtag 31.05.2025, FB 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration, PG 81 – 84
Vorlage: 144/25**

Frau Gehrke kündigt an, dass im Berichtswesen zum Stichtag 31.10.2025 das Thema „Kosten der Unterkunft im SGB II“ aufgegriffen werden müsse, da trotz gleichbleibender Zahlen bei den Bedarfsgemeinschaften die Unterkunftskosten und vermutlich der Anteil für die Stadt Rheine steigen würden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration, PG 81 – 84, mit dem Stand der Daten zum 31.05.2025 zur Kenntnis.

15. Anfragen und Anregungen

Auf die Frage von Herrn Theismann antwortet Herr Gausmann, dass morgen der Wahlausschuss tage und für die Integrationswahl mehr Bewerbungen als zu vergebende Plätze eingegangen seien – von Personen unterschiedlicher Nationalitäten.

Herr Murali ergänzt, dass es vier Listenwahlvorschläge und fünf Einzelbewerberinnen bzw. -bewerber gebe.

Ende öffentliche Sitzung: 18:31 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin